

Der Freisinn FDP

Nr. 2
Februar 1989
11. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zur Auseinandersetzung
um die Armeeabschaffungs-Initiative

Diskussion weiterführen

National- und Ständerat haben der Armeeabschaffungs-Initiative eine deutliche Abfuhr erteilt. Diese wird voraussichtlich Ende September Volk und Ständen zum Entscheid unterbreitet. Ein Kommentar von FDP-Nationalrat Dr. Willy Lotretan, Zofingen AG:

Unsere Verteidigungsarmee gehört zentral zum Selbstverständnis unserer auf Freiheit und Selbstbestimmung ausgerichteten Willensnation, zu der sich 26 Kantone in der Eidgenossenschaft zusammengeschlossen haben. Spätestens seit 1815 ist die «immerwährende Neutralität der Schweiz» völkerrechtlich verbrieft; sie auferlegt uns die Pflicht zur Selbstverteidigung, d. h. zur Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit des Staatsterritoriums. Unsere Nachbarn müssen die Gewissheit haben, dass von unserem Staatsgebiet für sie keine Bedrohung, weder direkt noch indirekt (durch fremde Mächte), ausgehen kann. Um dieser Pflicht nachzukommen, bedürfen wir zwingend einer Armee als der bewaffneten Hand des Staates. Deren Abschaffung wäre eindeutig völkerrechtswidrig.

Diskussion findet statt

Die Initiative ist auch staatsrechtlich eine Unmöglichkeit, weil sie eine fundamentale Veränderung der Grundprinzipien unseres Staates herbeiführen will. Von da her gesehen, hätte der Bundesrat dem Parlament eigentlich die Ungültigerklärung aus materiellen Gründen beantragen müssen. Dass er dies nicht getan hat, dafür will ich ihn nicht kritisieren. Ich teile die Meinung, dass die Gegner der Initiative die



Überzeugungskraft aufbringen können, um unserem Volk die Unvernunft dieses Vorstosses in einer sauberen, demokratischen Auseinandersetzung, wie sie unseren Institutionen und Traditionen angemessen ist, klar vor Augen zu führen. So betrachtet, ist diese Initiative auch eine Chance für unsere Demokratie. Ich bin überzeugt, dass unser Volk die Bewährungsprobe in überlegter, nüchterner Art und Weise bestehen wird!

Jüngst erklärten die Initianten an einer Pressekonferenz in weinerlichem Ton, seit sechs Jahren sei ihnen «die Diskussion verweigert» worden. Eine Behauptung, die, obwohl von einem Teil der Medien aufgenommen, nicht stimmt: Die vorberatende Kom-

mission des Nationalrates hat die Initianten angehört. Man beginnt sich darüber hinaus in der Öffentlichkeit mit der Initiative auseinanderzusetzen.

Schweiz verfolgt bereits Friedenspolitik

Die Initiative für eine Schweiz ohne Armee versucht zudem den Eindruck zu erwecken, eine «umfassende Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert», sei nur dann möglich, wenn sich die Schweiz als erstes Land der Welt von sich aus entwaffne. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft, sodann vor allem auch in seinem Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz, überzeugend dargetan, dass die «ausgreifende Seite» unserer Sicherheitspolitik sich durchaus sehen lassen kann und internationale Anerkennung findet. Der Bundesrat ist gewillt, diese «ausgreifende Seite» auszubauen und dynamischer zu gestalten. Es sollen in Zukunft friedenserhaltende Aktionen der Uno vermehrt finanziell, materiell und personell unterstützt werden. Auch dafür sind wir auf eine Armee, die entsprechende Leute ausbildet und vorbereitet, angewiesen. Wir finden bei solchen Aktionen Vertrauen vor allem auch wegen unserer Neutralität. Diese aber bleibt nur dann glaubwürdig, wenn sie bewaffnet und damit gegen Übergriffe schützbar ist. Unser Land verfügt also durchaus über eine eigenständige Friedenspolitik.

Die Initiative rennt hier offene Türen ein; sie muss sich darüber hinaus den Vorwurf gefallen lassen, dass dieser Teil des Textes bloss Kosmetik ist und höchstens dazu dient, dem Stimmbürger Sand in die Augen zu streuen, um ihm die eigentlichen Hintergründe der Initiative zu verbergen.

Interview mit FDP-Präsident Hunziker

«Lehren ziehen, vorwärts blicken»

Wo steht die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) heute? Diese und weitere Fragen nach dem Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp stellte «Der Freisinn» dem Parteipräsidenten, Ständerat Dr. Bruno Hunziker (Aarau). Sein Fazit der gegenwärtigen Situation: «Lehren ziehen, vorwärts blicken».

Herr Hunziker, immer wieder wird die Frage gestellt, weshalb die FDP in der ganzen Affäre Kopp nicht anders gehandelt hat.

Wie hätten wir denn handeln sollen? In den zahlreichen Briefen, die mir zuzingen, erklärten die einen, wir seien zu hart gewesen, die andern sagten, wir hätten früher und resoluter eingreifen sollen. Bei den Lagebeurteilungen gingen sowohl das Parteipräsidium als das Fraktionspräsidium von den Informationen aus, die uns von Frau Kopp vermittelt wurden. Es bestand kein Anlass, an den Aussagen der früheren Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes zu zweifeln. Wir müssen heute feststellen, dass wir nur etappenweise und erst dann informiert wurden, wenn sich bereits neue Tatbestände ergeben hatten.

Vorab in den Medien – zum Teil aber auch von anderer politischer Seite – wird heute Kritik am seinerzeitigen Vorgehen bei der Nomination von Frau Kopp geübt.

Partei und Fraktion werden Lehren aus diesen Vorkommnissen zu ziehen haben. Andererseits bleibt auch heute noch festzustellen, dass im Zeitpunkt der Nomination kein Anlass bestand, an der persönlichen Integrität von Frau Kopp zu zweifeln. Die umstrittenen Fälle betrafen damals ihren Ehegatten und nicht sie persönlich. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine Anmerkung machen: Die freisinnige Fraktion hatte damals eine Zweierkandidatur vorgeschlagen. Die Kritik an der Wahl von Frau Kopp kommt nun heute vor allem von zwei Seiten, und zwar von Seiten, die, wie die SP-Fraktion, damals die Wahl von Frau Kopp unterstützten oder mit dem Ruf «Es ist Zeit für eine Frau» – nämlich die Medien – gefordert haben. Ich will damit die Verantwortung nicht von der FDP abschieben, aber doch einen Blick zurück auf die damalige Situation werfen.

Die Rede ist von einer Staatskrise, von einem Verlust von Vertrauen. Wie beurteilen Sie die Situation?

Von einer Staatskrise zu reden ist falsch. Denn die Kontrollmechanismen der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaates haben gespielt und ihre Wirkung entfaltet. Rasch reagiert haben sowohl Bundesrat



wie Parlament. Ersterer mit der Ernennung eines besonderen Bundesanwaltes und der Einleitung einer Administrativuntersuchung, letzteres mit der Einsetzung der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) sowie der begonnenen Abklärung der Frage der Aufhebung der Immunität von Frau Kopp. Also keine Staatskrise. Sicher jedoch eine solche des politischen Vertrauens. Diese gilt es raschmöglichst zu überwinden. Darum haben Partei und Fraktion eine rasche, umfassende und vorbehaltlose Abklärung der Vorwürfe verlangt. Wir werden nach besten Kräften dazu beitragen, dass der Schaden, der als erheblich zu bezeichnen ist, behoben werden kann. Dazu gehörte auch die Nomination und Wahl von Ständerat Kaspar Villiger zum Nachfolger von Frau Kopp.

Die FDP ist durch die Vorkommnisse der jüngsten Zeit in besonderem Masse betroffen. Oder sind Sie anderer Ansicht?

Nein, sicher nicht. Andererseits bleibt daran zu erinnern, dass die Vorfälle die Züge des Einmaligen tragen, die durch eine persönlich bedingte Konstellation entstanden sind. Die leidigen Geschehnisse dürfen nicht verallgemeinert werden. Die Ereignisse haben in der bisherigen Geschichte des schweizerischen Bundesstaates keine Parallelen. Man kann sie deshalb nicht unserer Partei anhängen, auch wenn – wie bereits erwähnt – wir Freisinnigen im Blick auf die innere Aufarbeitung der jüngsten Vorkommnisse besonders gefordert sind. Im übrigen

Fortsetzung auf Seite 4



Stationen einer Bundesratswahl – zu diesem Thema eine Bilderfolge in dieser «Freisinn»-Ausgabe auf Seite 5.

(Photo ruf)

Zur Lage in Angola

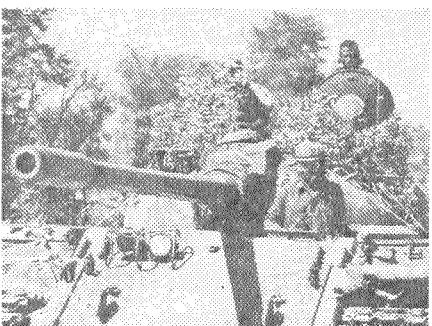
Gehen die Kubaner?

Die Nationale Union für die völlige Befreiung Angolas (Unita) glaubt noch nicht an einen Abzug der offiziell 50 000 kubanischen Soldaten aus dem Lande. Ein Bericht von Auslandredaktor Jacques Baumgartner, der eben Angola einen Besuch abstattete:

Im Unita-Hauptquartier in der «provisorischen Hauptstadt» Jamba im äussersten Südosten von Angola wird mit dem Ende der Regenzeit im April/Mai mit einer neuerlichen Offensive der Kubaner und der von diesen seit vierzehn Jahren gestützten Truppen der marxistischen Regierung der Volksbewegung (MPLA-Arbeiterpartei) gerechnet.

Artillerieduelle

«Lieber tot als Sklaverei!» ruft Unita-Generalstabschef Demostenes Chilingutilla ins Karree im Busch bei Cuito Cuanavale. Seit



Von den Kubanern erbeutete Panzer des Typs T-55.

zwei Stunden spricht er, bewegt, gestikulierend. Seit zwei Stunden steht das angetretene Bataillon wie erstarrt, und auch keines der Mädchen einer bewaffneten Spezialeinheit wankt. Der Himmel ist von bleiern Regenwolken verhangen. Das Grollen des Donners begleitet ein dumpfes, fremdes Rollen: Fünfzehn Kilometer entfernt, beim Zusammenfluss von Cuito und Cuanavale, ist das alltägliche Artillerieduell im Gange.

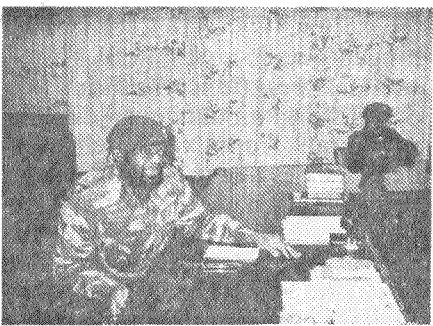
Der Rückzug der Kubaner sei – sofern dieser tatsächlich stattfindet, wie Chilingutilla einschränkt – «Motivation für die Unita, um weiter zu kämpfen». Gefährliche Wochen und Monate stunden bevor, und die Politik weise viele Labyrinth auf. Chilingutilla, wie übrigens die gesamte Unita-Führung, lehnt das Gnadenangebot der MPLA-Regierung in Luanda vom 4. Februar ab: «Wie kann eine nicht vom Volk gewählte Regierung dem leidgeprüften angolischen Volk heute Gnade anbieten?» fragt der Generalstabschef, und aus dem Karree erschallt mächtig wie aus einer Kehle: «Nieder mit den Kubanern! Nieder mit der MPLA!»

Phantom-Stalingrad

Von der Feuerleitstelle aus auf dem «Hügel Jardim» («Garten») hebt sich die Fluggpiste von Cuito Cuanavale in sieben Kilometern Entfernung als weisser Strich ab. Dazwischen liegt ein schier un-

durchdringbares, grünes Buschwaldmeer. Cuito Cuanavale bestand einmal aus einem Dutzend Steinhäusern, einer Schule und einer Kirche. In Trümmern liegt es heute und ist nicht mehr bewohnt, seit 1975 die portugiesischen Kleinwarenhändler abzogen. In der MPLA-Propaganda steht es heute als das «Stalingrad der Südafrikaner». In Wahrheit hat kein südafrikanischer Soldat jemals den Ort betreten. Die Südafrikaner bombardierten im August 1987 aus vierzig Kilometern Entfernung die noch von den Portugiesen angelegte, nahezu dreieinhalb Kilometer lange Piste und machten sie unbrauchbar. Sie verhinderten damit, dass Kubaner und MPLA für ihre am Lomba-Fluss bei Mavinga hart von der Unita bedrängten Truppen dringend benötigten Nachschub einfliegen konnten.

Am Lomba-Fluss endete denn auch die bisher grösste Kubaner/MPLA-Offensive gegen die Kämpfer des Unita-Widerstandes. Rostende Resten von zerstörten Lastwagen, Schützenpanzern, Panzern, Raketenwerfern («Stalinorgeln») zeugen vom Ausmass der Schlacht, bei der Kubaner/MPLA nach Schätzungen westlicher Militärexperten Kriegsgüter sowjetischer Herkunft für nahezu umgerechnet eine Milliarde Franken verloren. Seither stehen beim Phantom-



Jonas Savimbi, der Chef der Unita.

Stalingrad ungefähr 10 000 kubanische und MPLA-Soldaten einer etwa gleich grossen Anzahl Unita-Kämpfern gegenüber. Seit August vergangenen Jahres beachten Unita und Kubaner stillschweigend einen Waffenstillstand; die MPLA versuchte letztmals im Oktober ihr Dispositiv bei Cuito Cuanavale zu erweitern, wurde jedoch zurückgeschlagen. Man hat sich auf beiden Seiten eingegraben; die vordersten Frontstellungen trennen keine tausend Meter voneinander: Tausend Meter dicke, grüne Buschwand, die die Gegner verdeckt und schützt.

Einsatz von Giftgas

Mit den Worten «Wir wollen sie (die MPLA) jetzt ein bisschen kit-

zeln», eröffnet die Unita das Artillerieduell. Es dauert genau achteinhalb Minuten, bis die Gegenseite mit einem sektorenweisen Bombardement antwortet. Vom Hochsitz aus in einer Baumkrone auf dem «Hügel C» leitet Hauptmann Tito über Funk das Unita-Feuer und erläutert: «Aha, heute schiessen sie mit 120-mm-Minenwerfern und mit BM-21 («Stalinorgeln») ...» Dann, plötzlich: «Diese Bastarde; Giftgasgranaten!» Ein Einschlag in dreihundert Metern Entfernung gebietet, den Hochsitz schleunigst



Die Unita hat in ihren Reihen auch Frauen. (Bilder BAU)

zu räumen. Die Granaten detonieren dumpf; ein weisser Rauch steigt langsam auf, verflüchtigt sich schon nach zwei, drei Minuten in den Baumkronen. – Im sechshundert Kilometer Luftlinie von Cuito Cuanavale entfernten Unita-Hauptquartier in Jamba äusserte Hauptmann Zacarias vom militärischen Geheimdienst die Befürchtung, «dass der Gegner bei der zu erwartenden Offensive wahrscheinlich massiv chemische Kampfstoffe einsetzen wird».

Savimbi: Unveränderte Lage

Im Gespräch erinnerte Unita-Präsident Jonas Malheiro Savimbi, der in Lausanne studierte, daran, dass schon nach der Lomba-Offensive und im vergangenen Juni der belgische Giftgas-Experte Professor Aubin Heyndrickx nach Untersuchungen vor Ort die Ansicht äusserte, «dass die angolischen Regierungstruppen und die Kubaner mit grosser Wahrscheinlichkeit chemische Kampfstoffe gegen die Unita einsetzen». Heyndrickx wurde als Experte von den Vereinten Nationen (Uno) in der Frage der Giftgas-einsätze der Iraker und Iraner im Golfkrieg beigezogen.

Für den Unita-Präsidenten hat sich die Lage in Angola seit der Unterzeichnung der Abkommen von New York am 22. Dezember 1988 zwischen Pretoria und Havanna/Luanda «nicht sonderlich verändert». Die Unita war zu den Verhandlungen nicht beigezogen worden. Die Abkommen sollen in Unabhängigkeit für das benachbarte, seit dem Ersten Weltkrieg von Südafrika verwaltete Namibia (Südwestafrika) münden und zu einem ratenweisen Abzug über 27 Monate der «internationalistas» genannten kubanischen Söldnersoldaten aus Angola führen. Bis zu den Wahlen in Namibia für eine verfassungsgebende Versammlung am 1. November dieses Jahres müssen die Kubaner die Hälfte ihrer Streitkräfte heimgeholt, sich bis zum dreizehnten Breitengrad – der ungefähr Angola teilt – zurückgezogen haben. Die Abkommen, die auch von der Sowjetunion gebilligt werden, vermittelte der amerikanische Unterstaatssekretär Chester Crocker. Diesen liegt auch der Gedanke zugrunde, dass sich MPLA und Unita nach dem vollständigen Abzug der Kubaner versöhnen werden.

Kontakte zwischen MPLA und Unita finden, fanden schon immer statt, doch lehnt die Regierung in Luanda derzeit die von Savimbi angebotene Versöhnung ab. «Es hat keinen Sinn», versicherte Savimbi, «Luanda mit Waffengewalt zu nehmen. Dann zöge sich ein Teil der MPLA in den Busch zurück und der Bürgerkrieg ginge weiter. Angola braucht die Versöhnung. Die

Energie sparen ja – aber wie?

Anreize statt Appelle

Dass Energie gespart werden muss, ist weitgehend unbestritten. Doch alle Sparappelle sind bis anhin praktisch ungehört geblieben. Peter Morf plädiert deshalb für ein Anreizsystem:

Der Energieverbrauch steigt von Jahr zu Jahr weiter an, trotz einem nicht gerade atemberaubenden Wachstumstempo der Wirtschaft und trotz dauernden Sparappellen. Zudem zeigt sich immer mehr, dass in der gegenwärtigen Lage aus politischen Gründen weder an einen substantiellen Weiterausbau der Wasserkraft (Naturschutz, Restwassermengen) noch der Kernkraft gedacht werden kann. In dieser Lage müsste eigentlich die Sparnotwendigkeit einsichtig sein, sei es, um die inländische Produktion zu entlasten, oder sei es, um die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten zu vermindern und die Umwelt zu schonen. Eine gewisse Sparbereitschaft ist tatsächlich auch vorhanden, und zwar sowohl in der Industrie als auch in den Haushalten. Dennoch kommt der Schlussbericht des nationalen Forschungsprogrammes Nummer 44 (NFP 44), «Energie: Sozio-ökonomische Forschungen im Konsumbereich», wohl zu Recht zum Schluss, dass das Sparpotential noch längst nicht ausgeschöpft ist. Gemäss den Forschungen hat dies mit einem meist schlechten Informationsstand, mit fehlendem Kostenbewusstsein sowie gar mit eigentlichen gesetzlichen Sparhindernissen zu tun (so etwa mit Miet- oder Steuerrecht). Welche grundsätzlichen Spärmöglichkeiten eröffnen sich nun neben den sich immer wiederholenden Informationskampagnen und Sparappellen?

Durch Zwang zum Glück?

Wie häufig in derart vertrackten Situationen erschallt sehr rasch der Ruf nach dem Staat, dessen ordnender Hand man die Lösung des Problems zutraut. Also wird das Sparen gesetzlich verordnet. Genau dies will der gegenwärtig zur Diskussion stehende vorgezogene Energiespar- bzw. Nutzungsbeschluss. Ihm wird wohl zugute gehalten, dass er nicht allzu interventionistisch ausgestaltet sei. Dafür ist selbst dem Bundesrat nicht klar, ob bei einer Wirklichkeit tatsächlich nennenswerte Sparwirkungen zu erwarten wären! Mit anderen Worten wird ein Gesetz erlassen, über dessen Wirkungen man sich weitgehend im unklaren ist. Dass derartige

noch unter dem Stichwort einer sinnvollen Gesetzgebung zu subsummieren ist, darf mit Fug bezweifelt werden.

Mittels Gesetzen lassen sich zweifellos auch griffige Sparmassnahmen verankern und durchsetzen. Nur muss man sich dabei bewusst sein, dass dies lediglich unter Inkaufnahme erheblicher Einschränkungen für die Wirtschaft wie auch für das Individuum realisierbar ist. Die Durchsetzung rigoroser Sparmassnahmen mit Hilfe polizeistaatlicher Methoden steht einem demokratischen Staat zum einen schlecht an. Zum anderen müssten die notwendigen drastischen Eingriffe sofort erhebliche Drittwirkungen nach sich ziehen, so dass der Netto-Effekt der Massnahmen rasch negativ würde.

Die Alternative: Anreizsysteme

Neben dem gesetzlichen Zwangsparen von Energie existiert aber durchaus eine Alternative, die sich zudem besser in unser Wirtschaftssystem einfügt. Es handelt sich dabei um die Schaffung von Anreizsystemen, welche letztlich auf den Grundmechanismen des Marktes beruhen. Sie bewegen den Verbraucher von Energie aus eigenem Interesse dazu, sein Sparpotential möglichst auszunutzen. Es sind zum Beispiel Bonussysteme denkbar, wobei allerdings erhebliche administrative Probleme zu bewältigen wären. Der Staat hätte dabei nur die gültigen Rahmenbedingungen zu definieren. Auf diesem Wege ist, je nach Ausgestaltung der Anreize, ein gezielteres und damit differenzierteres Energiesparen möglich.

Die Notwendigkeit des häuslicheren Umgangs mit der Energie ist heute unbestritten. Die Geister scheiden sich am einschlagenden Weg. Bei etwas genauere Betrachtung zeigt sich jedoch rasch, dass der Ruf nach Gesetzen ein problematischer ist, die Zielerreichung ist äusserst unsicher, die Kosten sind hoch. Demgegenüber dürfte der zweite kurz skizzierte Weg zweifellos effizienter sein. Es bleibt nur zu hoffen, dass wir nicht (auch hier) in die falsche Richtung marschieren.

Menschen sehnen sich nach Frieden. Ich zweifle an der Ehrlichkeit der Kubaner. Sie werden ihr Engagement in Angola nicht vollständig aufgeben. Der bisherige, in den westlichen Medien hochgespielte Rückzug war eine Rotation. Anstelle der 3000 abgezogenen kamen frische Soldaten aus Kuba.»

Gleich wie in Kabul?

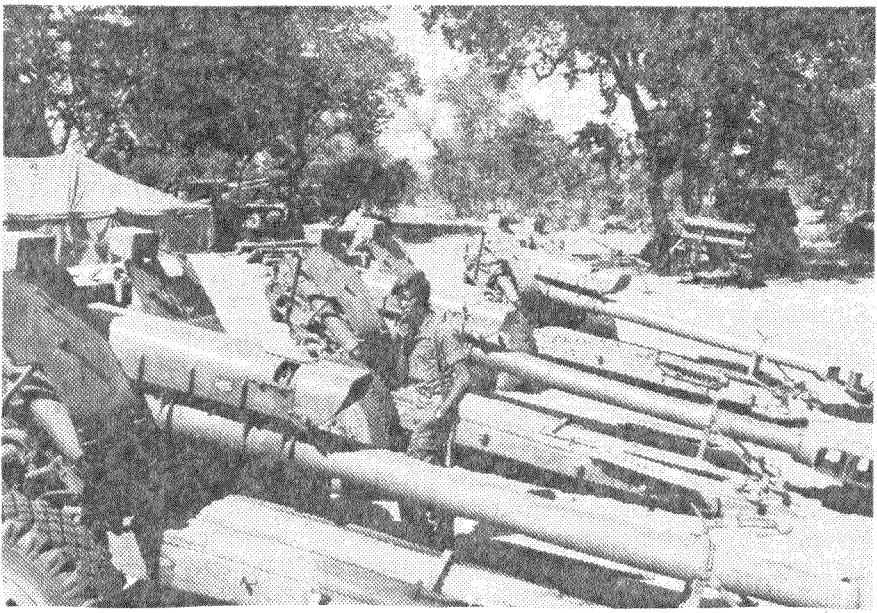
Sollten die Kubaner «ehrlich zurückziehen wie die Sowjets aus Afghanistan», dann werde man eine ähnliche Lage in Luanda wie jetzt in Kabul erleben. Savimbi hofft, dass westeuropäische Regierungen eindringlicher afrikanische Staaten drängen, auf die MPLA Druck auszuüben, sich an den Verhandlungstisch mit der Unita zu setzen: «Doch wahrscheinlich wird die MPLA – da nun die Südafrikaner aus Angola abgezogen sind – nochmals eine Offensive gegen uns versuchen, im Glauben, uns eine psychologische Niederlage beibringen, um

danach aus gestärkter Position mit uns verhandeln zu können.»

Auf die Möglichkeit letztlich einer Teilung des Landes längs des 13. Breitengrades angesprochen, meinte Savimbi: «Kein Angolaner, ob auf seiten der MPLA oder der Unita, ist bereit, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. Keiner will in die Geschichte als derjenige eintreten, der Angola geteilt hat. Wer versucht, der verliert.»

Abkommen von Alvor

Jonas Malheiro Savimbi kämpft seit vierzehn Jahren im Grunde für die Einhaltung der Abkommen von Alvor (15. Januar 1975), in denen die angolischen Befreiungsbewegungen mit der Kolonialmacht Portugal freie Wahlen vereinbart hatten. Diese fanden nie statt. beziehungsweise die kommunistische MPLA rief die Kubaner ins Land.



Die Unita verfügt auch über schwere Geschütze, die alle erbeutet wurden.

Zur Diskussion um die Finanzordnung

Wenigstens richtige Schritte in die richtige Richtung

Wenigstens richtige Schritte in die richtige Richtung fordert Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti bei der laufenden Revision der Finanzordnung des Bundes. Die Zürcher Freisinnige begründet ihre Haltung nachstehend:

Der Anteil der indirekten Steuern ist in unserem Land gegenüber dem Aufkommen an direkten Steuern tief. Diese zutreffende Feststellung kann man in den bundesrätlichen Vernehmlassungsunterlagen zur neuen Finanzordnung lesen. Die Erklärungen für diesen Umstand werden gleich mitgeliefert. Dabei ist einer der angeführten Gründe ohne Zweifel richtig, nämlich die Beschränkung der Konsumsteuer auf Waren. Längerfristig muss dies bei einer weitergehenden Verlagerung zur Dienstleistungsgesellschaft das Steueraufkommen schmälern. Bei den zusätzlich dargestellten Gründen müssen jedoch Fragezeichen angebracht werden.

Höchstsätze in der Verfassung

Als wesentliche Ursache für die ungute Verlagerung auf die direkten Steuern wird die Tatsache angeführt, dass die Höchstsätze der direkten Bundessteuer und der Wust in der Verfassung festgeschrieben sind. In dieser absoluten Form dürfte diese Behauptung nicht haltbar sein. Es ist zwar richtig, dass man das Aufkommen der Wust nur durch eine Verfassungsbestimmung hätte erhöhen können. Für deren Erfolg benötigt man Volks- und Ständemehr. Von einem solchen konnte man bis anhin nicht sicher ausgehen. Die Erhöhung des Wustsatzes müsste jedenfalls in der Wirtschaft so lange auf grossen Widerstand stossen, als diese Verbrauchssteuer auch auf Investitionen und Betriebsmitteln erhoben wird. Jede Erhöhung des Satzes bedeutet damit eine Verschärfung der Taxe occulte und eine weitere Erschwerung für die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Produkte. Die Tatsache, dass die Wust bis anhin schwer ausbaubar war, hat daher ihren Grund weit mehr in der hartnäckig beibehaltenen Struktur dieser Steuer als in der verfassungsmässigen Fixierung der Höchstsätze.

Andererseits steht die Festbeschreibung des Höchstsatzes für die direkte Bundessteuer einer Reduktion dieser Steuer keineswegs entgegen. Aber auch hier hielt sich das Entgegenkommen des Bundesrates in Grenzen. So wurde der gesetzlichen Verpflichtung zum Ausgleich der kalten Progression nicht nachgelebt. Es brauchte eine Volksinitiative, um der progressiven Besteuerung der aufgelaufenen Teuerung einen Riegel zu schieben und damit die weit überproportionalen Wachstumsraten der direkten Bundessteuer etwas zurückzunehmen. Auch in der jetzt laufenden Revision der direkten Bundessteuer wurde es nur dank Gegensteuer



aus dem Parlament möglich, die vom Bundesrat vorgeschlagene Progressionsverschärfung zu verhindern. Und auch hier hat eine entsprechende Volksinitiative Unterstützung geleistet.

Befristung der Steuern

Ähnliches lässt sich zur Befristung der beiden Steuern in der Verfassung sagen. Gemäss Vernehmlassungsunterlagen soll sie eine grössere Reformierbarkeit des Steuersystems behindert und zu einer jeweiligen Weiterführung der Provisorien beigetragen haben. Deshalb soll sie nun aufgehoben werden. Das kann man durchaus gegenteilig sehen.

In den Jahren 1977 und 1979 hat das Parlament zweimal einen Anlauf genommen, von der Einphasenkonsumsteuer auf Waren zur Mehrphasensteuer unter Einbezug von Dienstleistungen überzugehen. Es war also nicht die Befristung in der Verfassung, welche dieses Vorhaben vereitelte, sondern das Nein des Souveräns,

Die Sondersession der eidgenössischen Räte

Im Schatten der Villiger-Wahl

Stark in den Hintergrund gedrängt wurde in der Sondersession der eidgenössischen Räte von Ende Januar/Anfang Februar wegen der Ersatzwahl in die Landesregierung die von der Volksschammer behandelte Steuerharmonisierungsvorlage. Diese ist nach Ansicht von Nationalrat Kurt Schüle (FDP, SH) auf guten Wegen. Seine Ansicht begründet er nachstehend:



Das Bundesgesetz über die Steuerharmonisierung will als Zwillingenvorlage des Bundesgesetzes über die direkten Bundessteuern die 27 Steuergesetze von Bund und Kantonen im formellen Bereich einander annähern. Der entsprechende Verfassungsauftrag wurde durch den Souverän 1977 erteilt.

Der Nationalrat hat die zahlreichen Artikel in einer gelegentlich ausufernden Diskussion be-

das auch den gleichzeitig beantragten Mehreinnahmen gegolten hat. Dies zwang zur ertragsneutralen Verlängerung der geltenden Ordnung. Auch für schweizerische Verhältnisse sind 15 Jahre eine respektable Zeit, um Reformen anzugehen. Aber es blieb seither alles Stückwerk. Der Bundesrat lenkte nicht auf das Konzept Heimann zur Ausmerzung der Taxe occulte im Rahmen der Wust-Gesetzgebung ein. Dafür brachte er einen Vorschlag, die Energie-Wust als zusätzliche Einnahmequelle für den allgemeinen Bundeshaushalt einzuführen. Nach deren Ablehnung durch das Parlament folgte eine überstürzte Erhöhung der Zollsätze auf Heizöl und Erdgas. All das passierte in einem Zeitpunkt, als sich eine Gesundung des Finanzhaushaltes abzeichnete und neue Einnahmen zur Kompensation für notwendige Strukturbereinigungen bei der Wust hätten verwendet werden können. Als auch dieser zweite Streich vor dem Parlament scheiterte, entstand die Idee mit der generellen Energieabgabe. Dies ist wenigstens ein neues Konzept, doch vermochte es das Parlament nach gründlichem Studium aller Auswirkungen nicht zu überzeugen. Und nun endlich zwingt glücklicherweise die Befristung in der Verfassung dazu, sich zu einem Konsens in der Frage der Konsumbesteuerung zusammenzurufen.

Aus dieser Sicht betrachtet, kann die Befristung in der Verfassung, welche die Kompetenz des Bundes zur Erhebung seiner Haupteinnahmen begrenzt, Strukturreformen durchaus beflügeln und nicht nur behindern. Jedenfalls liegt es nicht an der Befristung, wenn es der Politik bis anhin nicht gelungen ist, mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten. Im Gegenteil, die Befristung könnte zusammen mit EG 92 die Chance sein, vielleicht nicht den grossen Wurf, aber wenigstens die richtigen Schritte in die richtige Richtung – sprich verbessertes Verhältnis direkte/indirekte Steuern – endlich zu vollziehen.

raten und ist dabei der durch den Ständerat vorgezeichneten Linie weitgehend gefolgt. Ein Hauptstreitpunkt bildete wieder die Frage, ob die einjährige Gegenwartsbemessung den Kantonen vorgeschrieben werden soll. Der Nationalrat hielt mit 86 zu 78 Stimmen an diesem Prinzip fest, das er bereits für die Bundessteuern selbst zu einem früheren Zeitpunkt beschlossen hatte. Mit klarem Mehr hat sich der Ständerat dagegengestellt. Um diese Differenz muss damit in der nächsten Runde nochmals gerungen werden.

Für SP kam Antrag aus der falschen Ecke

Unverständlicherweise lehnte der Rat einen Antrag von Vreni Spoerry (FDP, ZH) ab, der die Kantone verpflichten wollte, auf kurzfristig erzielten spekulativen Grundstückgewinnen einen Zuschlag zu erheben. Die Verfügung kam durch eine Mehrheit von CVP- und allen SP-Stimmen zustande.

Die geschlossene freisinnige Fraktion gab dem Antrag die volle Unterstützung, geht es ihr

Appell und Dank

Die letzten Wochen waren für die FDP der Schweiz nicht einfach. Und auch für die Zukunft wartet viel Arbeit auf uns Freisinnigen. Partei- und Fraktionsleitung sind auf die Mitarbeit und Unterstützung aller Freisinnigen auf allen Stufen unseres Partei-, aber auch Gemeinwesens angewiesen, wenn wir das zum Teil verlorengegangene Terrain zurückgewinnen wollen. Wir zählen auf jedes Parteimitglied. Also auch auf Sie.

Danken möchte ich an dieser Stelle all jenen Parteimitgliedern und weiteren Sympathisanten, die uns in dieser schwierigen Zeit unterstützt haben. Einen ganz besonderen Dank richte ich an den Fraktionspräsidenten, Nationalrat Ulrich Bremi, für sein nie erlahmendes Engagement und seine stete Einsatzbereitschaft.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Der Präsident:
Bruno Hunziker

doch darum, die im Vorfeld über die Abstimmung der (abgelehnten) Stadt-Land-Initiative gemachten Versprechen einzulösen und wirksame Massnahmen zur Bekämpfung der Bodenspekulation möglichst rasch in Kraft zu setzen. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag von Willy Loretan (FDP, AG), der, um die Baulandhortung zu vermeiden, eine Besteuerung von voll erschlossenem eingezontem Land zum Verkehrswert verlangte.

Es ist schwer verständlich, dass die SPS auf diese konkreten Vor-

schläge gegen die Bodenspekulation ablehnend reagierte. Offensichtlich wurde aus einer Sachfrage eine Prestigefrage gemacht. Der Antrag kam für die SP aus der falschen Ecke, Grund genug, ihn abzulehnen. Denn es ist ja wohl nicht anzunehmen, dass die SP plötzlich die Spekulation schützen will!

Einem Verdikt gleich hat der Ständerat mit 43 zu 0 Stimmen die Armeeabschaffungsinitiative verworfen, die nun wohl im September zur Volksabstimmung gelangen wird.

Rücktritt von FDP-Präsident Hunziker Nationalrat Steinegger möglicher Nachfolger

Ständerat Dr. Bruno Hunziker tritt auf den nächsten Parteitag hin, der am 31. März/1. April in Neuenburg stattfindet, als Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) zurück. Dies teilte er der Geschäftsleitung der Partei mit. Er begründet seinen Entscheid, den er bereits im Vorjahr bei seiner statutengemässen Wiederwahl ankündigte, damit, dass er sich im politischen Bereich zu entlasten wünsche. Er will neben dem Parlamentsmandat genügend Zeit für die Ausübung seines angestammten Berufes als Rechtsanwalt finden, was in letzter Zeit zunehmend schwieriger geworden sei.

Der 59-jährige Aarauer präsidiert die FDP seit 1984. 1987 erfolgte seine Wahl in den Ständerat. Zuvor gehörte er während zehn Jahren dem Nationalrat an. Von 1965 bis 1968 war er Mitglied des aargauischen Grossen Rates, um dann während acht Jahren

Einsitz in die Aargauer Regierung zu nehmen. Ständerat Hunziker lehnte eine Nomination als Nachfolger von Bundesrätin Kopp aus denselben Gründen ab, mit denen er nun auf die Weiterführung des Parteipräsidiums verzichtet. Er stand bereits 1982 bei der Nachfolge von Bundesrat Honnegger in der engeren Wahl. Im Oktober 1984 unterlag er relativ knapp Frau Kopp; beide waren von der freisinnigen Fraktion in einem Doppelvorschlag nominiert worden.

Als neuer Parteipräsident steht Nationalrat Franz Steinegger im Vordergrund. Der 46-jährige Urner mit Wohnsitz in Flüelen wurde den leitenden Parteigremien schon vor einem Jahr, als Hunziker seinen Rücktritt signalisierte, als möglicher Nachfolger genannt. Steinegger hat gegenüber der Geschäftsleitung der Partei seine Bereitschaft erklärt, eine Wahl durch die Delegiertenversammlung der Partei anzunehmen.



Nationalrat Franz Steinegger

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Fortsetzung von Seite 1

gen bleibt, ich habe es bereits an der jüngsten Delegiertenversammlung unserer Partei in Baden gesagt, nicht zu vergessen, dass auch im Strudel der Ereignisse der letzten Wochen die beachtlichen Leistungen von Frau Kopp als Mitglied der obersten Landesbehörde nicht einfach beiseite geschoben werden dürfen.

Die FDP wird heute mit dem Vorwurf konfrontiert, mit der Wirtschaft verfilzt zu sein.

Das ist ein alter Vorwurf, der nicht wahrer wird, wenn er immer wieder repetiert wird. Sind denn etwa alle unsere über 150 000 Mitglieder Wirtschaftskapitäne? Sind denn alle Wählerinnen und Wähler, die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme geben, Wirtschafts-bosse? Die FDP ist, wie die Mitglieder- und Wählerstrukturen zeigen, eine Volkspartei und wird es bleiben. Zudem: Warum wird die Interessenvertretung für Anliegen der Wirtschaft, die uns Wohlstand und Verdienst garantiert, in Frage gestellt? Man sollte die Interessenvertretung nicht mit ungleichen Ellen messen. Es berührt mich eigenartig, wenn etwa ein Vertreter einer Konsumenten-Interessengemeinschaft oder eines Angestelltenverbandes selbst knallharte Interessenpolitik betreibt, sich aber trotzdem als völlig unabhängig darstellt und den Filz immer nur bei der Wirtschaft und beim Freisinn ortet. So gesehen stelle ich mir die Frage, weshalb ein Verwaltungsrat besser oder schlechter sein soll als ein Gewerkschafter, Landwirt oder Vertreter einer anderen Branchen- oder Berufskategorie, der Einsitz im Parlament genommen hat.

Im Vorfeld der Wahl von Bundesrat Villiger musste sich die FDP zwei Vorwürfe gefallen lassen: einerseits, dass sie keine Frau nominiert hat, andererseits, dass sie an der Zauberformel festhält.

Die FDP hat fähige Frauen in ihren Reihen, die ohne weiteres die Aufgabe eines Mitgliedes der obersten Landesbehörde hätten

Noch wenige Exemplare

Von den beliebten FDP-Sportjacken haben wir in der Grösse S noch einige wenige Exemplare. Wir geben sie deshalb vergünstigt zu Fr. 50.- ab! Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grosse Aussen-taschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen.



Ich bestelle ... Sportjacke(n), Grösse S, à Fr. 50.- (plus Porto und Verpackung).

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.



Freisinn und Sport

Was tut das Schweizerische Olympische Comité?

Über die Tätigkeit des Schweizerischen Olympischen Comité (SOC) orientiert in unserer Reihe «Freisinn und Sport» dessen Präsident, Daniel Plattner:

Der Sport ist eine der mitprägenden Kräfte, ja vielleicht sogar die grösste soziale Kraft unserer Gesellschaft. Er ist ein fester Bestandteil unseres Lebens geworden. Menschen suchen in ihm Entspannung, Ausgleich, Erholung. Grosse sportliche Ereignisse beherrschen oft tagelang das öffentliche Gespräch. Viele identifizieren sich mit der Leistung einer Mannschaft oder einzelner Athleten. Siege, manchmal auch Niederlagen, erzeugen, wenn vielleicht auch nur für einen Augenblick, Gefühle der Zusammengehörigkeit.

Sport als Brücke

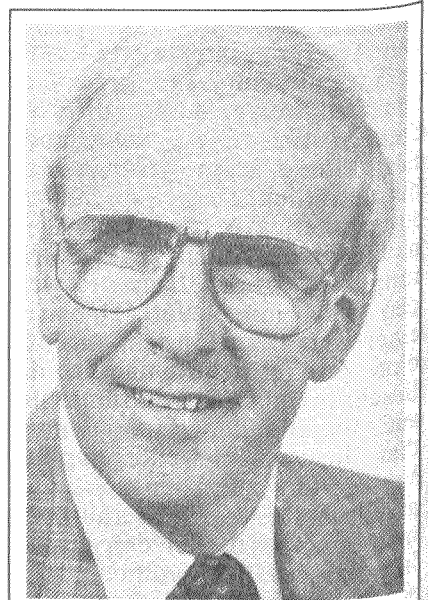
Der Sport will ja Menschen zusammenführen. Bei internationalen Organisationen wie der der olympischen Bewegung sind die Chancen dazu besonders gross. Dieses Ziel kann dabei über alle Landesgrenzen hinweg verfolgt werden. Zudem ist der Sport eine der wenigen Brücken, die zwischen den beiden grossen, verschiedenen Ideologien existieren. Wir können also den Sport als Mittel zur Verbesserung der Lage unserer Menschheit einsetzen. Er kann verschiedene soziale Klassen und auch Altersklassen zusammenführen, hilft Vorurteile abbauen und damit Konflikte vermeiden.

Die Schweiz spielt in der olympischen Bewegung eine Rolle, die weit über die Bedeutung unseres Landes, besonders im Sport, hinausgeht. Das Internationale Olympische Comité (IOC) hat bekanntlich seinen Sitz in Lausanne. Darüber hinaus haben aber vor allem immer wieder Schweizer eine sehr aktive Rolle im IOC gespielt. Auch heute noch stellt die Schweiz als eine der wenigen Nationen im IOC zwei Mitglieder.

Ziele des SOC

Obwohl unser Land seit der Neueinführung der Olympischen Spiele im Jahre 1896 in Athen stets aktive Olympiateilnehmer stellte, wurde das Schweizerische Olympische Comité (SOC) erst im Jahre 1912 gegründet. In seinen Statuten lesen wir u. a. folgendes:

- Das SOC hat zum Zweck:
 - Leitung, Verbreitung sowie die Entwicklung der olympischen Bewegung in der Schweiz.
 - Vertretung der schweizerischen olympischen Bewegung gegen aussen.
 - Aufrechterhaltung und Entwicklung der Verbindung und Zusammenarbeit mit dem IOC und den anderen nationalen olympischen Komitees.
 - Beteiligung an der sportlichen Entwicklung des Schweizervolkes.
 - Organisation, Finanzierung und Leitung der schweizerischen Vertretung an den Olympischen Winter- und Sommerspielen sowie anderen Veranstaltungen mit olympischem Charakter, an denen die Schweiz teilnimmt.
 - Bezeichnung der teilnehmenden Schweizer Athleten und Offiziellen an diesen Veranstaltungen.
- Zahlreiche Fachverbände**
Dem Schweizerischen Olympischen Comité gehören heute 34 nationale Fachverbände an, zu denen das SOC ausgezeichnete Kontakte unterhält. Im Bereiche des Leistungssportes arbeitet das



Daniel Plattner, Unterentfelden. Generalagent einer Versicherungsgesellschaft. Mitglied der FDP-Arbeitsgruppe Sport. Ehemaliger Präsident des Schweizerischen Leichtathletikverbandes. Seit 1985 Präsident des Schweizerischen Olympischen Comité (SOC).

SOC eng mit dem Nationalen Komitee für Elitesport (eine Arbeitsgemeinschaft des SOC, SLS, ETSK, ETS und Sport-Toto-Gesellschaft) zusammen.

Das Olympiajahr 1988 hat eindrücklich den Beweis erbracht: Olympische Spiele bedeuten für Wettkämpfer wie für Veranstalter nach wie vor eine grosse Herausforderung. Wir dürfen ohne weiteres behaupten, dass keine antike Tradition bei deren Wiedereinführung einen solchen Erfolg aufweisen kann. Aber gerade wegen ihres Erfolges kommen sie immer wieder in grosse Spannungslagen und in Gefahr, missbraucht zu werden. Trotz unfreiwilliger Unterbrechung während zweier Weltkriege und zahlloser Angriffe und Schwierigkeiten haben die Olympischen Spiele eine eindrucksvolle Kontinuität bewiesen. Sie bleiben über alle politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Gegensätze hinweg das weltumspannende Sportfest, und das SOC ist sich dem auch seiner Verantwortung bewusst.

übernehmen können. Leider stellen sie sich nicht zur Verfügung oder waren nicht wählbar. Auch wir Freisinnigen bedauern, dass heute keine Frau mehr dem Bundesrat angehört. Aber wichtiger als das Geschlecht scheint uns die Qualifikation zu sein. Schon im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 1987 haben wir gezielte Anstrengungen unternommen, den Anteil politisch engagierter freisinniger Frauen zu erhöhen. Das ist insofern gelungen, als unsere Nationalratslisten deutlich mehr Kandidatinnen aufwiesen als früher. Wenn die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen unseren Frauenanteil hätten erhöhen wollen, hätte Gelegenheit dazu bestanden. Wir werden unsere Anstrengungen in dieser Richtung weiter verstärken. Im übrigen möchte ich daran erinnern, dass wir Freisinnigen nicht nur die erste Ständerätin und die erste eidgenössische Versicherungsrichterin stellten, sondern erfreulicherweise auch eine Regierungsrätin in unseren Reihen wissen und bereits mehrere Kantonalparteien von Frauen präsiert wurden. Der Slogan, wonach die Freisinnigen die Frauen gern haben, hat auch heute noch seine Gültigkeit.

Was die Zauberformel anbetrifft, so meine ich, dass in diesem Falle eine unnötige Diskussion vom Zaun gerissen wurde. Wir Freisinnigen haben die Zauberformel nicht gewollt, haben uns aber fair und loyal dem damaligen Entscheid unterzogen. Im Vorfeld der letzten eidgenössischen Wahlen sind alle vier Bundesratsparteien mit der erklärten Absicht vor die Wähler getreten, die Zauberformel weiterhin bestehen zu lassen. Das Ergebnis der Wahl war ein klares Votum für die Zauberformel. Natürlich ist die Beständigkeit der Zauberformel keineswegs in Stein gehauen.

Die FDP ist heute politisch angeschlagen, sie wird von SP, die zudem die Initiative der Bundesratsparteiengespräche ergriff, aber auch CVP und SVP attackiert.

Es wäre Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn ich behaupten würde, die FDP präsentiere sich heute in Bestform. Wir haben spezifische Probleme zu bewältigen. Und wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Das wird uns gelingen. Wir sind bei den Leuten und werden es bleiben. Denn die innere Verfassung der Partei ist nach wie vor gut. Wir haben eine breite, treue Anhängerschaft. Wir

können uns auf eine grosse Tradition und Kontinuität stützen. Und wir verfügen auf allen Stufen – Gemeinden, Kantone und Bund – über gute Leute. Mit diesen Leuten werden wir die tatsächlich für uns nicht leichte gegenwärtige Situation meistern. Und wir haben zusätzlich den Willen und die Energie dazu. Was die Initiative der SP für die Bundesratsparteiengespräche anbetrifft, bleibt anzumerken, dass diese Aussprache wohl sinnvoll war, sich nicht aber unbedingt aufgedrängt hätte. Denn zum damaligen Zeitpunkt waren – gerade auch dank unseren freisinnigen Aktivitäten – jene Massnahmen eingeleitet worden, die zur Bewältigung des Vertrauensverlustes nötig waren. Und dass unsere politischen Partner nun zum Teil ein Anti-Freisinn-Süpplein kochen, ist zwar nicht unbedingt erbaulich, kann aber auch nicht ganz überraschen. Das kann uns weder verunsichern noch an der engagierten Verfolgung unserer liberalen, freisinnigen Ziele hindern.

Sie haben Ihren Rücktritt als Parteipräsident bekanntgegeben. Ist dies eine Folge der Affäre Kopp?

Nein, sicher nicht. Ich wollte bereits am Parteitag vor einem Jahr von einer Wiederwahl absehen, liess mich aber dann bewegen, das Amt des Parteipräsidenten noch ein Jahr auszuüben. Die Gründe für meinen Entscheid liegen darin, dass ich mich von meinen politischen Aufgaben entlasten möchte. Ich will neben dem Parlamentsmandat, das ich beibehalte, genügend Zeit für die Ausübung meines angestammten Berufes als Rechtsanwalt finden, was in letzter Zeit zunehmend schwieriger geworden ist. Natürlich hätte ich die Partei meinem Nachfolger lieber ohne die derzeitigen Probleme übergeben. Andererseits darf ich doch darauf hinweisen, dass wir Freisinnigen, nachdem wir 1983 stärkste Partei des Landes wurden, diese Position bei den eidgenössischen Wahlen 1987 verteidigen konnten. Ich darf auch feststellen, dass unsere Partei nicht viel Kraft zur Bewältigung von Flügelkämpfen einsetzen muss. Wir verfügen über einen starken breiten Rumpf. Erwünscht ist freilich die interne Auseinandersetzung, der offene Dialog bei auseinandergehenden Meinungen. Was uns Freisinnigen einigt und stark macht, ist entscheidend. Und das ist weit mehr, als man andernorts zugeben will.

Umweltschutz und Marktwirtschaft

Eine Informationstagung der FDP der Schweiz für Parteimitglieder am 27. Mai 1989 in Bern. Dies mit Blick auf die Revision des Umweltschutzgesetzes. Gemeinsame Veranstaltung der Arbeitsgruppe Umweltschutz und des Wirtschaftsausschusses der FDP der Schweiz.

Nähere Angaben in der nächsten Nummer des «Freisinns».

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

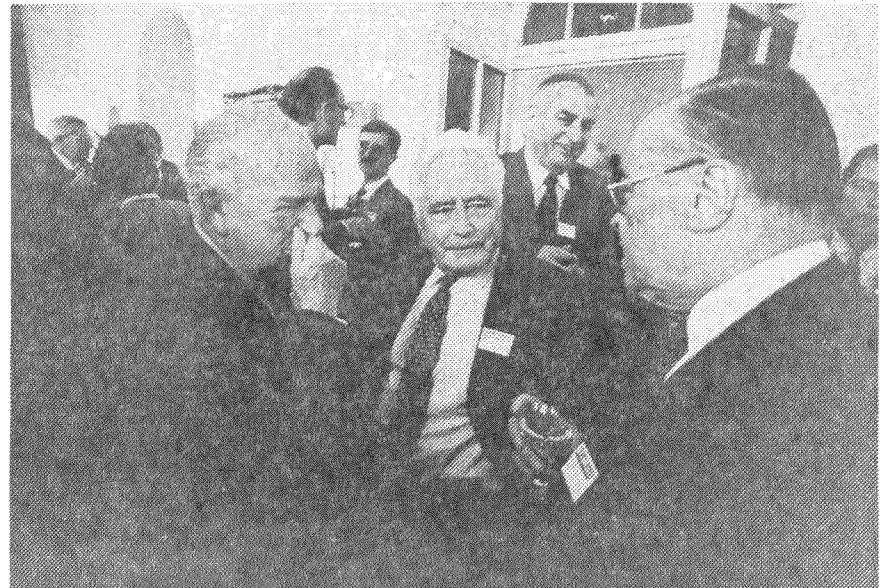
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 82 82

Der Freisinn
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Christian Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.
Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.
Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

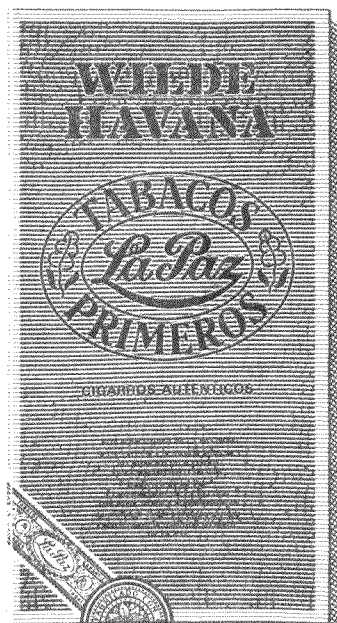
Lenk
Das Erstklasshotel im Chaletstil mit pers. Note für individuelle Ansprüche.
Ruhige, sonnige und zentrale Lage. Nähe Hallenbad (Eintritt frei). Grätthotelbuservice zum Kurzentrum, beim Kuren 10% Ermässigung.
HOTEL CRYSTAL LENK
Alle Zimmer mit Balkon, Bad/Dusche, WC, TV, Radio, Mini-Bar, Sauna, Solarium. Halbpension ab Fr. 69.- pro Person.
Direktion: R. Bratschi-Schmidli
Telefon 030 3 22 06
Telex 922225 turl



Kaspar Villiger erklärt vor der Vereinigten Bundesversammlung Annahme der Wahl (links), um hernach den Eid abzulegen. Beim anschliessenden Mittagessen der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, an welchem über 200 Personen teilnahmen, stossen Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, der neue Bundesrat sowie der FDP-Präsident, Ständerat Dr. Bruno Hunziker, auf die kommende gemeinsame Zusammenarbeit an. Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi konnte gleich vier ehemalige freisinnige Mitglieder der Landesregierung begrüßen. Unten rechts unterhalten sich Nello Celio sowie Georges-André Chevallaz, während im Hintergrund Fritz Honnegger zu erkennen ist. Anwesend war ebenfalls Hans Schaffner. Auf Bild rechts ganz unten: Gespräch zwischen dem Ehepaar Villiger und alt Bundesrat Honnegger. (Photos ruti)



Dauerbrenner von La Paz.



Die Cigarre, die schon beim Anzünden ihr volles Aroma entfaltet. Das ist die authentische Wilde Havana von La Paz. Ständig kopiert, doch nie erreicht.

Das Büschel am Brandende, das ehrlich sein Inneres nach aussen kehrt, zeigt die wilde Kraft der ausbalancierten Mélange aus mehr als 20 Tabaksorten der berühmtesten Provenienzen der Welt. Umwickelt mit einem Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt von unverfälschter Natürlichkeit.

Wilde Havana von La Paz. Aus Tabak. Mehr nicht.



Andy Stricker



Manchmal hat man den Eindruck, Diskretion ist für diese Bank nicht einmal ein Gesprächsthema.

Es gibt Dinge, über die wir nicht sprechen müssen. Sie werden von unseren privaten und institutionellen Kunden als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Vielmehr sind alle Leistungen Gesprächsthema, die man selbstverständlich nicht von jeder Bank erwarten kann. Darüber reden wir gerne mit Ihnen.

BANK VONTOBEL
Zürich

persönlich – professionell
Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 7111.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.



Alt Bundesrat Nello Celio zum 75. Geburtstag

Am 12. Februar vollendete alt Bundesrat Dr. Nello Celio, geistig und körperlich wie immer in beschwingter Bewegung, erfüllt von ungebrochener Tatkraft, sein 75. Lebensjahr. Seit einem halben Jahrhundert steht er im Dienste der Res publica. Der im Bergdorf Quinto im Livinental Geborene verlor einjährig den Vater. Mit 18 Jahren bestand er die Handelsmatura. In Basel und Bern studierte er Rechtswissenschaften, die er in Bern mit einem Doktorat summa cum laude abschloss. Mit 23 Jahren eröffnete er eine Anwaltspraxis, mit 27 trat er in den Staatsdienst, mit 32 wurde er in die Regierung gewählt.

Als Baudirektor entwickelte er eine dynamische Tätigkeit, die neben dem Strassenbau der Nutzung der Wasserkräfte galt. Es war Staatsrat Celio, der das Maggia- und das Bleniowerk verwirklichte. Mit 45 Jahren

verliess er die Regierung, ähnlich wie seinerzeit der spätere Bundesrat Obrecht. Führende Finanzinstitute und Wirtschaftsunternehmungen waren längst auf diese Begabung aufmerksam geworden. Mit seinem Freund Brenno Galli liess sich Nello Celio als Anwalt in Lugano nieder, wo er in den Stadtrat gewählt wurde.

Als er 1960 das Präsidium der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz übernahm, das er dann vier Jahre lang mit Auszeichnung versah, gehörte er dem eidgenössischen Parlament nicht an, was für den Vorsitzenden einer Landespartei eine Ausnahme bildet. Mit der Wahl in den Nationalrat im Herbst 1963 wurde dies sozusagen «nachgeholt». Aber schon drei Jahre später wählte ihn die Vereinigte Bundesversammlung in den Bundesrat.

Celio ersetzte den Waadtländer Chaudet, sowohl als

Bundesrat als auch für zwei Jahre als Chef des Militärdepartements. Die Welschen, die mit Bonvin nur noch einen Bundesrat stellten, mussten sich drei Jahre lang gedulden, bis Ende 1969 Pierre Graber in den Bundesrat gewählt wurde. 1966 wechselte dann Bundesrat Celio zum Finanzdepartement. Der brillante Wirtschaftssachverständige sah sich mit seinen Freunden Schaffner und Brugger vor die schwierige Aufgabe gestellt, der Konjunkturüberhitzung und Inflationsgefahr unter Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und mit einer vernünftigen Begrenzung der Überfremdungsgefahr zu begegnen und den Massnahmen zur Konjunkturdämpfung zum Durchbruch zu verhelfen. Mit allen Ständesstimmen und einem Rekord an Ja-Stimmen wurde im Sommer 1971 die von Celio entworfene Bundesfinanzordnung angenommen.

In zahlreichen Reden in allen drei Landessprachen verstand er es, dem Volk seine Auffassungen nahezubringen. Als 1972 eine Auswahl seiner Reden in Buchform erschien, stellte alt Bundesrat Spühler im Vorwort dem damaligen Bundespräsidenten das Zeugnis aus, dass Celios «Bereitschaft zum Dialog mit den Andersdenkenden, besonders auch mit der Jugend, die Glaubwürdigkeit der Aussagen, und gerade der kritischen Aussagen Celios, begründen».

Ende 1973 schied der populäre Tessiner aus dem Bundesrat aus. Führende Unternehmen der Industrie und der Finanz sicherten sich seine Mitarbeit, und sein Ansehen als Wirtschaftsexperte reicht weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Für den rastlos Tätigen gibt es keinen Ruhestand H.B.

Parteitag 1989
der FDP der Schweiz

Freitag, 31. März 1989

- Aula der Universität Jeunes-Rives (Quai Robert Comtesse 2), Neuenburg
- 15.30 **Delegiertenversammlung (1. Teil)**
 1. Begrüssung und politische Lagebeurteilung durch Ständerat Dr. Bruno Hunziker, Parteipräsident
 2. Kurze Ansprache von Bundesrat Kaspar Villiger
 3. *Neue Finanzordnung des Bundes*
Aussprache und Beschlussfassung über die Vernehmlassungsantwort
 4. «Das Steuersystem von morgen – wegweisend für unsere Zukunft»
 - a) Einführungsreferat von Nationalrat Adriano Cavadini
 - b) Rundtischgespräch unter Leitung von Nationalrat Claude Frey
 - c) Diskussion im Plenum mit der Möglichkeit der Fragenstellung an die Gesprächsteilnehmer
 - 18.30 Schluss des 1. Teils

Cité Universitaire (Clos-Brochet 10), Neuenburg

- FDP-Abend**
ab 19.30 Apéritif
20.00 Nachtessen, musikalische Unterhaltung

Samstag, 1. April 1989

- Aula der Universität Jeunes-Rives (Quai Robert Comtesse 2), Neuenburg
- 9.15 **Delegiertenversammlung (2. Teil)**
 1. *Statutarische Geschäfte*
 - a) Verabschiedung von Parteipräsident Bruno Hunziker durch Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz
 - b) Wahl des neuen Parteipräsidenten
 - c) Ergänzungswahl in die Geschäftsleitung
 - d) Tätigkeitsbericht von Partei und Fraktion
Einführungsreferat zum Jahresbericht durch Christian Kauter, Generalsekretär
 - e) Fragen und Diskussion
 - f) Verschiedenes
 2. *Kleinbauerninitiative*
(Abstimmungsvorlage vom 4. Juni 1989)
Rundtischgespräch
Diskussion und Beschlussfassung über die Abstimmungsempfehlung
 3. Schlusswort des Parteipräsidenten
 - ca. 13.00 Apéritif und kleines Buffet nach Neuenburgerart

Zum Parteitag sind alle Parteimitglieder (mit beratender Stimme) herzlich eingeladen. Anmeldetalons können auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, angefordert werden. Den (stimmberechtigten) Delegierten und Ersatzdelegierten ist die Einladung direkt zugestellt worden.

Die europäischen Transitprobleme sind lösbar

Die Alpen: Trumpf, nicht Trauma

Unser Land hat die Alpen bisher stets als Trumpf in den Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) betrachtet. Die Alpen sind nach der Transitresolution des Europäischen Parlaments erst recht zu einem zentralen Thema der Gespräche mit Brüssel geworden. Diese Ansicht vertritt Christian Kauter, FDP-Generalsekretär, und begründet sie wie folgt:

Die Frage, ob sie dabei immer noch ein Trumpf sind, ist offen. Wir Schweizer haben es in der Hand, sie nicht zum Trauma werden zu lassen, wenn wir in der Lage sind, 1992 eine Transportmöglichkeit von 40-Tonnen-Lastern auch mit vier Metern Eckhöhe auf der Schiene anzubieten. Obwohl es sich bei der Resolution des Europäischen Parlaments lediglich um eine Empfehlung handelt, welche keine konkreten Massnahmen auslöst, so kann ihr doch eine gewisse Signalwirkung nicht abgesprochen werden. Rasches Handeln ist zweifellos das Gebot der Stunde. Und rasch können wir handeln. Denn die Schweiz steht gegenüber der EG nicht mit leeren Händen da.

Nicht nur Forderungen

Es gilt zu beachten, dass die Resolution keinesfalls nur Forderungen an die Schweiz enthält, sondern auch gemeinsame Standpunkte. Diese können die Basis für die kommenden Verhandlungen bilden. Vor allem hat sich das Europäische Parlament klar für eine Förderung des kombinierten Verkehrs ausgesprochen: Es hat an die europäischen Eisenbahnunternehmen einen Aufruf gerichtet, alles zu tun, um die Bahn gegenüber dem Strassenverkehr konkurrenzfähig zu machen. Bemerkenswert ist ferner, dass weitere Harmonisierungsabkommen – so zum Beispiel bei den Grenzformalitäten und bei der Besteuerung des Schwerverkehrs – angestrebt werden können. Diese Übereinstimmungen mit der schweizerischen Haltung sind nicht unbedeutend. Sie weisen darauf hin, dass die EG beginnt, der Schiene wachsende Bedeutung zuzumessen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schweiz und der EG bestehen vor allem bezüglich eines Strassenkorridors für 40-Tonnen-Lastwagen. Die jüngsten Reaktionen haben erneut gezeigt, dass diese Lösung für unser Land politisch nicht tragbar ist – selbst dann nicht, wenn für diesen Korridor bestimmte Beschränkungen (Befristung, Anzahl, Umweltauflagen) vorgesehen würden. Jede Änderung der Gewichtslimite würde eine Anpassung unseres Strassenverkehrsgesetzes erforderlich machen. Das ist ein Unterfangen, das spätestens am Referendum scheitern würde.

An 28 Tonnen festhalten

Bei alledem gilt festzuhalten, dass die Schweiz untrennbar mit Europa verbunden und entsprechend auch verpflichtet ist, für gemeinsame Lösungen Hand zu



bieten. Dies um so mehr, als Europa bis 1992 den Binnenmarkt anstrebt und die Schweiz Gefahr läuft, marginalisiert zu werden.

Es geht also für die Schweiz darum, bei der EG für unser Festhalten an der 28-Tonnen-Limite vermehrtes Verständnis zu wecken. Rein juristisch betrachtet, lässt sich unsere Position gut begründen: Weil die Schweiz ihre Gewichtsregelung gleichermassen auf in- und ausländische Lastwagen anwendet, diskriminiert sie niemanden. Diese Nicht-Diskriminierung ist durch unsere Gesetzgebung gewährleistet: Retorsionsmassnahmen der EG wären eine Verletzung massgeblicher internationaler Vereinbarungen.

Schweiz ist herausgefordert

Wenn wir, wie der Bundesrat in seinem EG-Bericht vermerkt, die Europafähigkeit unseres Landes verstärken müssen, so ist die Transitfrage dabei ein entscheidender Testfall. Die Schweiz kann diesen bestehen, wenn sie bereit ist, eine attraktive, wettbewerbsfähige Alternative bis spätestens 1992 anzubieten. Sie darf also auf keinen Fall bis nach 2000 zuwarten, wie das die Neat vorsieht. Was wir brauchen, ist ein KEAK 92, d. h. ein Kurzfristiger Eisenbahn-Alpen-Korridor bis 1992, der es erlaubt, 40-Tonnen-Lastwagen per Bahn in vier bis fünf Stunden kostengünstig durch die Schweiz zu befördern. Voraussetzung dafür sind vier Meter Eckhöhe in den Tunnels. Dies sollte laut Expertenberichten schon jetzt durch Änderungen der Stromleitungen im Simplon und Absenkung der Tunnelsohle im Lötschberg bis 1992 machbar sein. Alle verantwortlichen Stellen müssen diese Variante mit allen Mitteln vorantreiben. Dabei müssen regionale, finanzielle und Prestigeüberlegungen im Interesse des Landes in den Hinter-

grund treten. Nur so wird es gelingen, zu verhindern, dass der Trumpf der Alpen in den Verhandlungen mit der EG zum Trauma wird.

Die Schweiz ist in der Transitfrage klar herausgefordert, ihre Europafähigkeit unter Beweis zu stellen. Die Schweiz hat den Alpentransit während Jahrhunderten gewährleistet. Trotz veränderten Voraussetzungen und unangenehmen Begleiterscheinungen wird sie den Transit auch in Zukunft sicherstellen. Mit einem entschlossenen Ja zum KEAK 92 bleiben wir unserer Rolle als Transitland treu, erweisen uns solidarisch und stellen unsere Europafähigkeit tatkräftig unter Beweis. Europafähigkeit heisst auch Solidarität mit Europa, und Solidarität kann nie Verhandlungsgegenstand sein.

**Revision des Landwirtschaftsgesetzes
Begehren von freisinniger Seite**

Mit dem Ziel, dass die agrarpolitischen Massnahmen des Bundes vorrangig eine umweltverträgliche, rationelle Produktion auf bodenbewirtschaftenden, bäuerlichen Familienbetrieben fördern, soll das Landwirtschaftsgesetz revidiert werden. Dies fordert in einer Motion Nationalrat Walter Zwingli. Der St. Galler Freisinnige verlangt ferner eine für die Konsumenten ersichtliche klare und kontrollierbare Deklaration über die Herkunft und Produktionsweise der Lebensmittel. Ebenso soll der Bund Massnahmen zur Einschränkung der Einfuhr von Nahrungsmitteln ergreifen können, sofern diese unter Bedingungen hergestellt werden, die von den schweizerischen Tierschutz- und Umweltvorschriften erheblich abweichen.

Mit der von ihm angebehrten Revision des Landwirtschaftsgesetzes will Nationalrat Zwingli auch die Einkommensregelung in der Landwirtschaft im Gesetz definiert wissen. Danach sollen die in der Landwirtschaft Tätigen «Anspruch haben auf ein angemessenes, mit anderen Erwerbsgruppen vergleichbares Einkommen». Dieses Einkommen soll sich nach Ansicht des freisinnigen Parlamentariers insbesondere mittels zweier Komponenten erzielen lassen: Einerseits aus entsprechenden Produktionspreisen in normalen Produktionsbedingungen sowie andererseits aus ergänzenden Ausgleichszahlungen für erschwerte Produktionsbedingungen, für die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen, für ökologische Sonderleistungen sowie für die Erleichterung der Produktionslenkung. Damit die Landwirtschaft den Auftrag zur Selbsthilfe und zur Ausrichtung der Produktion auf die Absatzmöglichkeiten besser erfüllen kann, sollen nach Auffassung des Motionärs von den zuständigen Organisationen beschlossene Eigenleistungen für Selbsthilfemassnahmen für alle Produzenten obligatorisch erklärt werden können.

FDP-Stellungnahme im Neat-Vernehmlassungsverfahren

Für mehretappiges Vorgehen

Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz ist der Ansicht, dass die Voraussetzungen für einen Grundsatzentscheid über den Bau einer Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) gegeben sind und dieser deshalb unverzüglich zu fällen ist. Er schlägt ein paralleles, mehrestufiges und etappiertes Vorgehen vor.

Als kurzfristige Massnahme ist ein leistungsfähiger Schienekorridor für den Schwerverkehr von über 28 Tonnen und 4 m Eckhöhe zu schaffen, um dem zunehmenden äusseren Druck auf diese Gewichtslimite wie dem in der Schweiz geltenden Nacht- und Sonntagsfahrverbot auf der Strasse begegnen zu können. Mittelfristig ist mit Blick auf den weiter zunehmenden Transitverkehr ein Ausbau der Lötschberglinie zu prüfen. Mit knapper Mehrheit sprach sich das freisinnige Gremium dafür aus, die Planungsarbeiten für den Bau eines Gotthard-Eisenbahn-Basistunnels unverzüglich an die Hand zu nehmen, damit dieser in einer dritten Phase eröffnet werden kann. Eine sehr starke Minderheit plädierte für den Planungsfall Lötschberg-Simplon.

Konzept fehlt noch

In diesem Sinne nahm der FDP-Delegiertenrat nach einer lebhaft geführten Diskussion zur Neat-Vernehmlassung Stellung. Begründet wurde der Vorschlag für ein mehrestufiges Verfahren damit, dass der Bau einer Alpentransversale, die sowohl als Schnellbahn sowie auch als Hukkepack-, Container-, Wechselbehälter- und konventionelle Güterzuglinie dienen soll, einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren beanspruchen dürfte.

Da die Linienführung und die konkrete Ausgestaltung der Neat wesentlich von der Entwicklung des künftigen Personen- und Güterverkehrs beeinflusst werden, erwartet der FDP-Delegiertenrat, dass ein entsprechendes Konzept verzugslos ausgearbeitet und rechtzeitig vor der Volksabstimmung über die Neat vorgelegt wird. Wenn die Schweiz ihre historische Rolle als Verkehrsdrehscheibe Europas erhalten will, muss sie nach seiner Ansicht auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der internationalen Verkehrsprobleme leisten.

Warum (knapp) für Gotthard?

Nach Abwägung der jedem Vorschlag anhaftenden Nach- und Vorteile sprach sich der FDP-Delegiertenrat mehrheitlich für die Realisierung der Gotthardvariante aus. Ausschlaggebend für diesen Entscheid waren insbesondere folgende Argumente: Die beiden Tunnelleingänge liegen auf schweizerischem Territorium, was einerseits langwierige und schwierige Verhandlungen mit Nachbarstaaten erübrigen und andererseits das Aufstellen einheitlicher Grundsätze zu Betrieb, Unterhalt und Sicherheit ermöglichen wür-

de. Eine Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene drängt sich vorweg aus Umweltschutzgründen in Anbetracht der noch zu erwartenden Zunahme des Güterverkehrs auf diese Achse zwingend auf. Bezüglich Linienführung einer Neat durch den Gotthard verlangt der FDP-Delegiertenrat, dass alle Möglichkeiten und insbesondere auch die in der Zweckmässigkeitsprüfung nicht enthaltenen Vorschläge einer Linienführung über Schwyz-Glarus-Truns-Tessin oder über Luzern-Uri via entlang der N 2 vor allem auch unter dem Aspekt der Umweltverträglichkeit genau geprüft werden.

Finanzierungsfrage eingehend abklären

Bezüglich der Finanzierung schliesst der FDP-Delegiertenrat die Beteiligung Privater am Aktienkapital nicht aus, wobei diese selbstverständlich auch das Risiko ihres Engagements zu tragen hätten. Auf diese Weise könnten insbesondere Aktionäre aus dem Transportbereich und der verladenden Wirtschaft mithelfen, den kommerziellen Erfolg der Neat zu sichern. Vorstellbar wäre für das freisinnige Gremium auch die Bildung einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft mit eigenem Aktienkapital, der die Bahnen Benützergebühren für das Befahren der Neat zu entrichten hätten. Es erwartet zudem, dass geprüft wird, ob für die Geldbeschaffung spezielle Bundesanleihen begeben werden könnten, die gemäss Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) besonders geeignet und attraktiv für institutionelle Anleger wären. Als Nebeneffekt einer solchen Massnahme könnte der Druck auf den Bodenmarkt gemildert werden.

It's so easy ...

Sprachen lernen im Sprachgebiet!

Beratungs- und Buchungsstelle für Sprachschulen.

media lingua Petersgraben 33, 4003 Basel, Tel. 061/25 20 20

Sprachen-Reisen Gratisunterlagen

Senden Sie mir Sprachkurse in:

<input type="checkbox"/> USA	<input type="checkbox"/> England	<input type="checkbox"/> Schottland
<input type="checkbox"/> Australien	<input type="checkbox"/> Neuseeland	<input type="checkbox"/> Irland
<input type="checkbox"/> Kanada	<input type="checkbox"/> Frankreich	<input type="checkbox"/> Italien
<input type="checkbox"/> Spanien	<input type="checkbox"/> Südamerika	<input type="checkbox"/> Malta
<input type="checkbox"/> High School year in USA (15 - 18 Jahre)	<input type="checkbox"/> Intensiv	<input type="checkbox"/> Diplom
<input type="checkbox"/> Ferien		

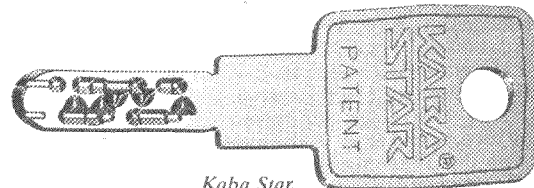
Name _____ Alter _____

Adresse _____

Telefon _____

FDP

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.
Das universelle Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.

Beitrag zur Aids-Diskussion

Öffentliche Debatten statt Verdrängung

Als Beitrag zur Diskussion publizieren wir nachstehende Überlegungen von Fürsprecher Markus Beer, Ittigen BE, zur Aids-Problematik:

Aids ist eine schreckliche Krankheit, die breit angreift und in allen Lebensbereichen Auswirkungen zeitigt. Zahlen und epidemiologische Prognosen in der Schweiz und weltweit beängstigen. Zudem dürften die Dunkelziffern beträchtlich sein. Die Zahl der Erkrankungen wird weltweit auf über 150 000 geschätzt, während von fünf bis zehn Millionen Angesteckten ausgegangen wird. In der Schweiz waren Ende September 1988 605 Aids-Kranke behördlich registriert. Schätzungsweise 20 000 bis 30 000 Menschen sind infiziert. Gemässigte Voraussagen erwarten, dass 1991 etwa 3500 Personen an Aids erkrankt sein werden. Eine neuere Studie nimmt an, dass bis 1995 rund 12 000 Aids-Fälle auftreten werden.

Information und Aufklärung

Bekanntlich betreffen die hauptsächlichsten Ansteckungsrisiken die Gebiete Sexualverhalten und Drogenkonsum. Folgerichtig konzentrieren sich die ausgezeichneten Präventionsbotschaften der zuständigen Behörden und privater Organisationen auf diese Bereiche. Dabei wurde zumindest in Ansätzen erkannt, dass Aids nicht für administrative Firlefanz geeignet ist und eher Vordenker als Aktenverschieber verlangt.

Es ist sachlich richtig, das Schwergewicht auf möglichst breite Information und Aufklärung zu legen. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei allgemeinen Aids-Aufklärung in den Schulen und am Arbeitsplatz zu widmen. Aus liberaler Sicht gefällt grundsätzlich, ausschliesslich Hoffnung auf Einsicht und Verhaltensänderung des Einzelnen zu setzen. Den Medien kommt dabei besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Sie sollten im öffentlichen Interesse den wenig spektakulären Präventionsalltag vermehrt begleiten.

Auch politisches Thema

Glücklicherweise wird das Thema demnächst in eine breite politische Diskussion gelangen. Hiefür sorgt ein Vorstoss im Nationalrat,

der vom Bundesrat einen Bericht mit Massnahmenkatalog gegen Aids analog dem Waldsterben verlangt. In der Tat erfordert direktes Menschensterben eine sorgfältige politische Debatte. Das Ausmass der Bedrohung wird zu oft in fatalistischer Weise unterschätzt.

In der Schweiz leben etwa 3,35 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren, die den sexuell aktivsten Teil der Bevölkerung darstellen. Davon sind beinahe die Hälfte zwischen 15 und 30 Jahren jung. Etwa 60 000 Jugendliche erreichen jährlich die Geschlechtsreife. Diese Zahlen dokumentieren einen enormen Beziehungsmarkt. Viele Menschen verleben sich nicht nur im Frühling, auch «one night stands» sind nicht wirklichkeitsfremd. Eine grosse Zahl dieser Sexualkontakte geschieht vermutlich ungeschützt. Herbe liberale Tugend verzichtet hier grundsätzlich auf staatliche Eingriffe.

Bund und Kantone gefordert

In bestimmten Bereichen liegen behördliche Massnahmen allerdings im öffentlichen Interesse und drängen sich im moralischer Hinsicht auf. Im Sexgewerbe wird das Thema Aids noch zu oft verdrängt. Unschuldige Frauen und Kinder sind die Opfer. Aids ist hier keine «Hol»-Krankheit mehr; das Sexgewerbe bildet eine wichtige Einbruchsstelle in die Familien.

Die bestehenden Rechtsgrundlagen erlauben es, im Sexgewerbe geschützte Kontakte unter Strafandrohung vorzuschreiben und durchzusetzen. Der kantonale Vollzug erfordert sicherlich Phantasie und Stil. Von derartigen staatlichen Massnahmen und konsequentem Vollzug in Einzelfällen wird eine bedeutende generalpräventive Wirkung ausgehen. Im Bereich des Drogenkonsums ist die durchgängige staatliche Abgabe steriler Spritzen ein Gebot der Zeit. Bei Aids verhält es sich gleich wie in anderen wesentlichen Herausforderungen: Nicht oder nie entscheiden kann schlimmere Folgen nach sich ziehen als vielleicht unrichtig entscheiden.

Asyl-Innen- und -Aussenpolitik Zu den weiter angestiegenen Asylgesuchen

Die jüngst für die Schweiz publizierten Zahlen wie auch ein Blick über die Landesgrenzen hinweg in das benachbarte Ausland zeigen es mit aller Unmissverständlichkeit auf: Das Asylproblem verschärft sich – zahlenmässig zumindest – weiter; eine Trendwende zeichnet sich nicht ab. Und dies, was die Schweiz betrifft, trotz revidiertem Asylgesetz, trotz Massnahmen an der Grenze, trotz einer Beschleunigung des Verfahrens. Der Pendenzberg nichterledigter Gesuche ist nicht kleiner geworden. Im Gegenteil: er ist weiter gewachsen und wird, wenn sich die Zahl der neueingegangenen Gesuche auf jener Rekordhöhe bewegt, wie sie für den Januar dieses Jahres bereits zu registrieren war, noch höher werden.

Mit einer ähnlichen Situation wie die Schweiz sieht sich die Bundesrepublik Deutschland (BRD) konfrontiert. In einer Erklärung des Innenministeriums zur Entwicklung der Zahl der Asylbewerber im vergangenen Jahr heisst es: «Die rechtlichen und administrativen Möglichkeiten, die illegale Einreise von Ausländern aus asylfremden Gründen wirksam zu bekämpfen, sind weitgehend ausgeschöpft. Insbesondere ist

eine weitere Beschleunigung des Asylverfahrens nicht mehr möglich. Angesichts der sprunghaft steigenden Zugangszahlen kann sich auch eine weitere Personalverstärkung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichte kaum noch auswirken.»

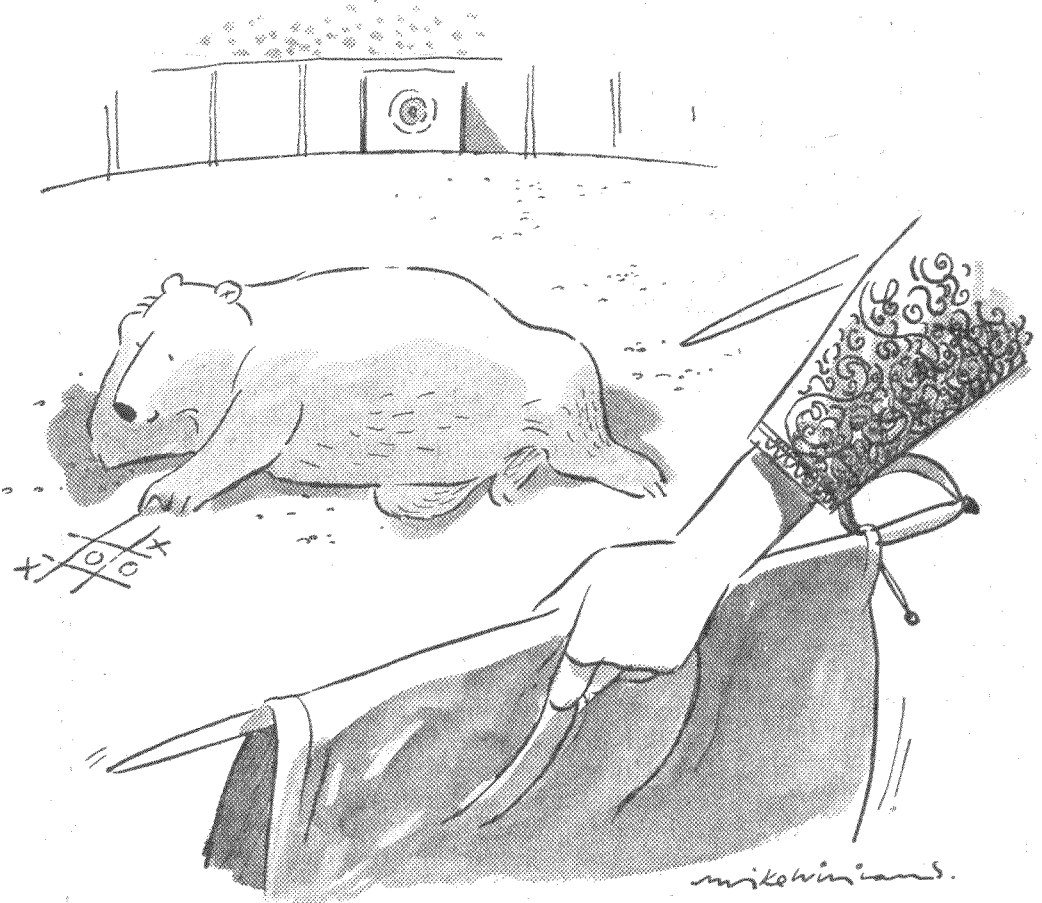
Wie in der Schweiz wird auch in der BRD eine starke Zunahme der Zahl jugoslawischer Asylbewerber registriert. Dies bei einer extrem niedrigen Anerkennungsquote von 0,3 Prozent. Nach deutschen Angaben sind die Fluchtmotive der Jugoslawen «eindeutig wirtschaftlicher Natur» und «der Asylmissbrauch besonders deutlich». Es erwartet von der Einführung einer Visumpflicht für jugoslawische Staatsbürger «eine entlastende Wirkung» und begründet dies damit, dass 1980 mit demselben Schritt für Türken der angestrebte Rückgang illegaler Einreisen türkischer Staatsangehöriger erreicht werden konnte.

Auch in der Schweiz nimmt die Zahl jener Asylbewerber zu, die ihre Gesuche aus asylfremden Gründen stellen. Wenn jedoch der wirklich Verfolgte weiterhin Schutz geniessen soll, muss vermieden werden, dass

das Asylrecht massenweise verletzt und für einen ungebremsten Zustrom von Ausländern missbraucht wird. Dennoch bleibt zu bedenken, dass hinter jedem Dossier ein Mensch steht. Ein Mensch, der vielleicht nicht aus politischer, gesellschaftlicher Not aus seinem Heimatland ausgewandert ist, sondern aus existentieller Bedrohung und in den westlichen Industriestaaten jenes materielle Auskommen finden will, das ihm bis anhin verwehrt wurde.

Die Diskussion über die Asyl-Innenpolitik muss in den nächsten Wochen und Monaten intensiver als bis anhin geführt werden. Anlass dazu dürfte auch der demnächst vorliegende «Strategiebericht» des Delegierten für das Flüchtlingswesen bieten. Darüber hinaus sind aber auch die Anstrengungen im Bereich der Asyl-Aussenpolitik zu intensivieren. Dabei stehen zwei Bereiche im Vordergrund: einerseits eine Koordination auf europäischer Ebene, die in eine europäische Antwort auf die asylpolitische Herausforderung auszumünden hat, und andererseits die Verstärkung der Hilfe – nicht nur in finanzieller und materieller, sondern auch in politischer Sicht – an Ort und Stelle, damit die Ursache von Flucht und Migration besser und wirkungsvoller als bis anhin bekämpft werden kann.

Christian Beusch



Was hat ein Bär mit einem Bullen gemeinsam?

Tatsächlich sehr wenig. Bullen neigen dazu, der Herde blindlings zu folgen, loszustürmen, ohne nachzudenken. Kaum Eigenschaften, die Sie von Ihrem internationalen Vermögensberater erwarten. Darum kommen private und institutionelle Anleger aus aller Welt zur Bank Julius Bär, einer der führenden Schweizer Privatbanken, mit dem Ziel, ihre Vermögensanlage auf umsichtige Art und Weise zu erhalten und zu mehren. Seit nunmehr über 40 Jahren haben wir uns in diesem Sinne in der internationalen Vermögensverwaltung bewährt.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

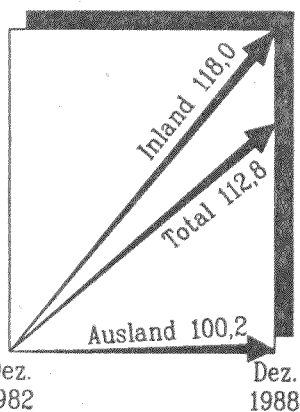
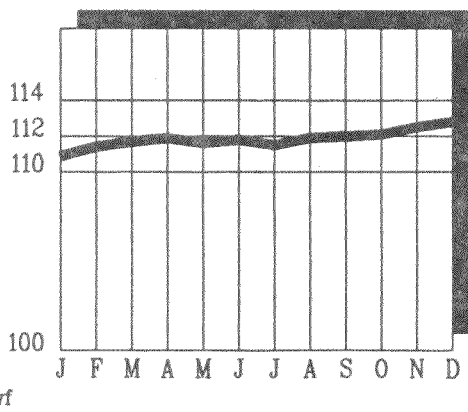
Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 2285111
Genf · München · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio

Hausgemachte Teuerung

Landesindex der Konsumentenpreise

im Jahresverlauf 1988
(Dez. 1982 = 100)

nach Herkunft der
Güter seit Dez. 1982



Im Dezember des vergangenen Jahres erreichte der als Mass für die Teuerung geltende Landesindex der Konsumentenpreise den Stand von 112,8 Punkten, mit der Basis Dezember 1982=100. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit eine Teuerung von 1,9%. Seit dem Jahre 1982 verzeichnete die Bedarfsgruppe Wohnungsmiete die grösste Teuerung, der Gruppenindex belief sich Ende des vergangenen Jahres auf 119,4 Punkte. Dicht dahinter folgten die Gruppen Bildung und Erholung mit einem Indexstand von 119,1 Punkten sowie die Körper- und Gesundheitspflege mit 118,6 Punkten. Einzig die Gruppe Heizung und Beleuchtung wies Ende 1988 einen geringeren Indexstand auf als sechs Jahre zuvor: auf Grund der gesunkenen Heizölpreise ging der Index auf 67,6 Punkte zurück. Sorge an der Teuerungsentwicklung seit dem Jahre 1982 bereitet vor allem das Ungleichgewicht zwischen Inland- und Importgütern. Der Index für die Inlandgüter erreichte Ende 1988 mit 118 Punkten einen überdurchschnittlich hohen Wert, während die Importgüter mit 100,2 Punkten praktisch stagniert haben. Obwohl die gegenwärtige Teuerung auch im internationalen Vergleich nicht als dramatisch beurteilt werden darf, muss die Entwicklung im Inland doch genau im Auge behalten werden.